Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 18 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 22. Januar 1932

Der Kampf um Lausanne.

Wirklich, es ist schwer, nicht eine Satire zu schreiben, nicht zu spotten über die Art, wie und was alles mit dem Hauptproblem unserer Tage geschieht: Mit der Frage der deutschen Tribut- und der interalliierten Kriegsschuldverpflichtungen! Gewiß steht einiges dabei fest: Wenn sich die europäischen Mächte nicht einigen, dann verlangt Amerika nach dem 1. Juli die Wiederaufnahme der Schuldenzahlung. Vorher läßt sich Washington auf nichts ein. Die zweite Tatsache — die als solche allgemein zugegeben wird — ist die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands, die auch dann bestehen bleibt, wenn zwar ein kürzeres oder längeres Moratorium beschlossen, an dem System der Tributverpflichtungen wesentliches aber nicht geändert wird. Und drittens steht die Erklärung Lavals fest, daß dieses System erhalten bleibt, es höchstens ermäßigt, aber nicht abgebaut wird. Also ist die Situation so sehr wie möglich festgefahren und nun erfolgt eine gegenseitige „Abtastung", wer von den Kämpfern Spuren irgendwelcher Nachgiebigkeit zeigt.

Diese Situation ist zunächst die schon einmal um acht Tage verschobene Reparationskonferenz von Lausanne zum Opfer gefallen; England hat am Tage nach der Laval-Rede, in der über die Konferenz selbst kein Wort gesagt worden war, die zur Reise nach Lausanne entschlossenen Regierungen wieder „ausgeladen". Was hinter den Kulissen dieser Geheimdiplomatie geschah, darüber weiß der Außenstehende nichts Genaueres, — er sieht nur die Folgen davon, sieht die äußeren Geschehnisse und „Ergebnisse". Aber man geht in der Annahme nicht fehl, daß die „Ausladung" erfolgte, weil eine Einigung zwischen Frankreich und England nicht zu erzielen war.

Es ist schwer, nicht eine Satire darüber zu schreiben, daß sozusagen fünf Minuten vor Toresschluß der Beratungen man in London auf die Idee kommt, wegen eines Moratoriums für Deutschland nun auch einmal — Deutschland selbst zu fragen. Um natürlich in Berlin zu erfahren, daß wir eine baldige Inangriffnahme der Revision verlangen müssen, so, wie der Baseler Bericht dies gleichfalls fordert. Die deutsche Weigerung, in die Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein Jahr zu willigen, hat in Paris jedenfalls gar nicht überrascht, denn „die autorisierten deutschen Kreise hätten sich darüber in den letzten Tagen schon in der deutlichsten Weise ausgesprochen", schreibt der Berliner Vertreter des amtlichen französischen Telegraphenbüros. Und fügt hinzu, man halte in Berlin daran fest, daß jede Verzögerung der Lösung täglich weniger tragbar werde, weil sich die Lage in beunruhigender Weise verschlimmere.

Man hat sich in Ouchy bei Lausanne also vergeblich viele Mühe damit gemacht, die Konferenz vorzubereiten. Erst sollte sie das gesamte System der deutschen Tribute anpacken, dann zum mindesten Stellung nehmen zum Baseler Bericht — schließlich wollen diese Sachverständigen dort nicht zwecklos drei Wochen lang gearbeitet haben! — und die Folgerungen daraus ziehen, wie der Young-Plan selbst es bestimmt; aber die Lausanner Suppe wird immer wässeriger. Erst wird auf französischen Wunsch der ganze Konferenzbeginn hinausgeschoben, dann merkt man bald, daß dort höchstens noch darüber Beschluß gefaßt werden soll, welche Dauer man dem Moratorium geben will. Die ursprünglich auch noch vorgesehene Zusage, im Juni oder im Dezember nun aber wirklich eine Revisionskonferenz abzuhalten, verschwindet auch bald wieder im geheimdiplomatischen Nebel — und der Rest ist die tausendunderste Verschiebung der Entscheidung, der Konferenz, der Baseler Forderungen usw.

Frankreich hat wieder einmal einen Sieg über die wirtschaftliche Vernunft, über England und Italien, davongetragen, denn in London und Rom war man — gradweise verschieden — für eine möglichst baldige Revision der Tributfrage, wobei England allerdings glaubte, im Sommer eine bessere „Atmosphäre" hierfür vorfinden zu können. Aber Macdonald gab dem französischen Druck schon darin nach, daß er seinen ursprünglichen Vorschlag eines kurzen Moratoriums von sechs Monaten ins Streckbett legte und beim Reichskanzler anfragte, was er zum Produkt dieser Prokrustes-Arbeit sage. Man möchte mit der Gegenfrage antworten, ob nicht Paris ganz unzweideutig zu verstehen gab, Laval werde überhaupt nicht nach Lausanne gehen!

Dafür beginnt am Montag eine Sitzung des Völkerbundrates, acht Tage später die Weltabrüstungskonferenz. Außerdem werden wir durch die Mitteilung „beruhigt", daß die Verhandlungen zwischen den Regierungen weitergehen. In Paris aber ertönte das Kommando: „Auf der Stelle getreten! Marsch!"

Einigung in den Kohlenverhandlungen.

Brüssel, 21. Januar. Die deutsch-belgischen Kohlenverhandlungen in Brüssel führten zu einer grundsätzlichen Einigung. Es wurden geringe Veränderungen bezüglich der Quote vorgenommen. Das Abkommen läuft bis Ende März und verlängert sich automatisch bis Ende April, falls es nicht vorher gekündigt wird. Die endgültige Formulierung des neuen Abkommens findet in der nächsten Woche statt.

Der Reichswehrminister gegen französische Lügen

Das Reichswehrministerium gegen die Lügen Bourgeois' und Eccards.

Zu den Pressenachrichten über die Aussprache vor dem Auswärtigen Ausschuß der französischen Kammer betreffend den deutschen Rüstungsstand erklärt das Reichswehrministerium:

In dem planmäßigen Verleumdungsfeldzug, den die französische Presse und andere Stellen in letzter Zeit über das Thema angeblicher deutscher Geheimrüstungen veranstaltet haben, stellen die Behauptungen des General Bourgeois und des Senators Eccard einen Gipfelpunkt dar.

Nach diesen Behauptungen soll Deutschland im Widerspruch zum Versailler Vertrag ein mächtiges Heer organisiert haben. Dies wird damit begründet, daß eine große Anzahl von Unteroffizieren aus der Reichswehr ausscheidet, um Platz für Rekruten freizumachen. Weiter damit, daß zahlreiche Offiziere in verbotenen Schulen ausgebildet würden. Deutschland sei dadurch imstande, im Kriegsfalle eine starke „Stoßarmee" aufzustellen, deren militärischer Geist durch häufige Zusammenkünfte der neuen Einheiten mit Angehörigen der alten Wehrmacht geweckt werde.

Diese Behauptungen sind erlogen!

Die Zahl der Entlassungen und Neueinstellungen ist im Wehrgesetz nach den Vorschriften des Diktates von Versailles genau festgelegt und wird ebenso genau eingehalten.

Kein Unteroffizier scheidet aus der Reichswehr vor Vollendung der zwölfjährigen Dienstzeit aus; es sei denn, daß besondere gesetzliche Gründe (Dienstuntauglichkeit usw.) zu vorzeitigem Ausscheiden zwingen. Die Zahl der aus diesen besonderen Gründen ausscheidenden Soldaten überschreitet jährlich in keinem Falle die in Versailles festgesetzte Quote von 5 Prozent der Gesamtstärke. Eine Ausbildung von Offizieren in verbotenen Schulen ist schon deshalb nicht möglich, weil die geringe Anzahl der deutschen Offiziere zum Dienst in der Truppe benötigt wird und

weil es überhaupt verbotene Schulen nicht gibt.

Im deutschen Reichsheer dienen nur 3800 Truppenoffiziere, während die Zahl der französischen aktiven Offiziere höher als 30 000 ist.

Wenn General Bourgois von einer deutschen „Stoßarmee" gesprochen hat, so verwechselt er diese anscheinend mit der etwa 50 Divisionen starken französischen „Armee de couverture", da diese eine voraussichtliche Kriegsstärke von über eineinhalb Millionen Mann hat; während die Stärke des deutschen Reichsheeres in Frieden und Krieg nur 100 000 Mann beträgt.

Auch ist nicht einzusehen, wie der nur dem Zweck der Kameradschaft dienende Verkehr — General Bourgeois gebraucht den völlig irreführenden Ausdruck „Zusammenkünfte" — von Angehörigen der Reichswehr mit Soldaten der alten ruhmreichen Wehrmacht die Sicherheit Frankreichs gefährden kann. An Truppeneinheiten gibt es in Deutschland nur die im Diktat von Versailles festgelegten Formationen.

Wenn General Bourgeois von der Möglichkeit einer schnellen Umstellung der deutschen Großindustrie auf Kriegsfertigung spricht, so ist darauf zu erwidern, daß keine Industrie, keine Fabrik und kein deutscher Arbeiter sich so schnell auf Kriegsfertigung umstellen kann, wie die mächtigen französischen Bombengeschwader das jeden Luftschutz entbehrende deutsche Gebiet überfliegen können.

Für die von General Bourgeois weiter bemängelte Erziehung der Kinder in den Schulen im Sinne einer Revanchepropaganda ist er jeden Beweis schuldig geblieben. Nichts allerdings kann die in der Verfassung von Weimar vorgeschriebene Erziehung der Schuljugend im Geiste der Völkerversöhnung mehr stören als die politischen Methoden, die Frankreich in den zwölf Jahren gegen das deutsche Volk gebraucht hat.

Deutschland wäre zufrieden, wenn die französischen Schulbücher die Kriegsschuldlüge und die Darstellung des Weltkrieges im gleichen Geiste der Wahrhaftigkeit behandeln würden wie die deutschen.

Die Behauptungen des Senators Eccard über die deutschen Militärausgaben

strafen sich durch ihre Lächerlichkeit selbst Lügen.

Die gesamten deutschen Militäraufwendungen betragen im Jahre 1930/31 nach den Rüstungsveröffentlichungen des Völkerbundes 707 Millionen Reichsmark, während die französischen Militärausgaben im gleichen Jahre sich nach den amtlichen Angaben der französischen Regierung auf 13,8 Milliarden Franken, also mehr als das Dreifache der deutschen Angaben, beziffern.

Im Jahre 1931/32 sind die deutschen Wehrausgaben erheblich vermindert worden; das französische Militärbudget erreicht im gleichen Jahre die ungeheuere Summe von 18 bis 19 Milliarden Franken.

Eccard wendet sich weiter gegen die von Deutschland betriebene Aufklärung der öffentlichen Meinung über die Abrüstungsfrage. Dazu ist zu sagen, daß Deutschland nicht aufhören wird,

das ungeheuere Mißverhältnis an Recht, Macht und Sicherheit durch Nichteinhaltung des im Diktat von Versailles gegebenen Abrüstungsversprechens,

das durch das Wettrüsten der rüstungsfreien Mächte in unerträglicher Weise gesteigert wurde, weiter der Öffentlichkeit der Welt vor Augen zu halten.

Vor der Flut.

Die Folgen der Konferenzverschleppung.

Höchste Eile ist bei der Regelung der Tributfrage geboten, da Gefahr im Verzug! So lautete der Mahn- und Warnruf der Baseler Sachverständigen. England erläßt darauf die Einladung zur Lausanner Konferenz, die am 25. Januar stattfinden sollte. Alle Vorbereitungen werden dazu getroffen, aber Frankreich hüllt sich in Stillschweigen darüber, ob es die Einladung annehmen wird. Jetzt endlich im letzten Augenblick scheint es England erklärt zu haben, daß es an der Konferenz nicht teilnehmen würde, und dieses schickt sich an, in amtlichen Äußerungen die Zurückziehung seiner Einladung vorzubereiten, um sich nicht einer Abweisung seines Antrags durch Frankreich auszusetzen. Trotz aller amerikanischen, englischen und italienischen Warnungen und Mahnungen hat also Frankreich seinen abweisenden Standpunkt in der Reparationsfrage durchgesetzt, ein Zeichen dafür, daß Frankreich noch immer im europäischen Konzert die erste Geige spielt, der es allerdings nur Mißtöne zu entlocken imstande ist.

Die Gründe, die für eine „Verschiebung" der Konferenz angeführt werden, sind fadenscheinig. Zunächst soll der französische Ministerpräsident aus innenpolitischen Gründen verhindert sein, nach Lausanne zu kommen, und weiterhin will man die amerikanischen Wahlen abwarten, die im Spätherbst stattfinden werden. Erst nach den Neuwahlen in Frankreich, der Präsidenten- und der preußischen Landtagswahl in Deutschland und der Präsidentenwahl in USA. soll sich also nach Frankreichs Willen erst die Reparationskonferenz versammeln. Hofft Frankreich bis dahin auf einen Umschwung in der amerikanischen Meinung und ein Entgegenkommen von dieser Seite in der Schuldenfrage? Wohl kaum! Der Hauptgrund dürfte sein, daß Deutschland noch nicht mürbe genug gemacht worden ist, um sich den Machtgelüsten Frankreichs zu fügen, daß erst noch die Flut von Not und Elend höher steigen soll, auf der Frankreich oben zu schwimmen hofft, um die Ertrinkenden sich gefügig zu machen.

In Berlin ist amtlich noch nicht bekannt, daß die Lausanner Konferenz am 25. Januar nicht stattfindet. Deutschland bleibt unter allen Umständen bei seiner bekannten und wohlbegründeten These, daß die Endregelung sobald wie möglich herbeigeführt werden müsse, um verheerende Folgen, die sich aus einer weiteren Verzögerung ergeben würden, zu verhindern. Die Verantwortung für ein Verschleppen der Frage bzw. für die Folgen, die hieraus entstehen, wird bei denjenigen Staatsmännern liegen, die dazu beitragen, daß das Tributproblem nicht so schnell wie möglich geregelt wird.

•

England sucht einen Ausweg.

Zeitlich unbegrenztes Moratorium?

Botschafter Neurath besuchte den englischen Außenminister Simon, um nochmals den deutschen Standpunkt zur Tributfrage darzulegen. Er wies darauf hin, daß eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums für Deutschland nicht in Frage komme. Auch ein vollständiges Moratorium, einschließlich eines solchen für die ungeschützten Tributzahlungen, würde noch keine Erleichterungen bringen, wenn nicht noch vor dem 1. Juli in Verhandlungen über eine endgültige Regelung der Tributfrage eingetreten werde.

Die Franzosen bestehen noch immer auf Garantien für die Erhaltung ihrer Young-Plan-Rechte. Die englische Diplomatie sucht nach einem Ausweg: zunächst einmal soll ein zeitlich unbegrenztes Moratorium vorgeschlagen werden.

Aus London wird hierzu gemeldet: Ministerpräsident Macdonald, der von Laval für das Wochenende zu Besprechungen nach Paris gebeten worden war, hat diese Einladung abgelehnt und sein Bedauern zum Ausdruck bringen lassen, daß er von London nicht abkömmlich sei. Außenminister Sir John Simon dagegen auf der Durchreise nach Genf in Paris Aufenthalt nehmen, um mit Laval und vielleicht auch mit anderen französischen Ministern über die Lausanner Konferen zu beraten.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF